

Fragen

für die Fragestunde der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Dezember 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	10, 11	Jung, Christian, Dr. (FDP)	70, 71
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 50
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 82	Kluckert, Daniela (FDP)	16, 36
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Konrad, Carina (FDP)	57, 58
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	5, 35	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	3, 26
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	51	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	8, 9	Luksic, Oliver (FDP)	65, 66
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Mattheis, Hilde (SPD)	78, 79
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 77	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 72	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	39
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	6, 7	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 29
Herbrand, Markus (FDP)	52	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 38
Herbst, Torsten (FDP)	61, 62	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	12, 27
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	20, 21	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	54, 55
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	56, 80	Renner, Martina (DIE LINKE.)	15
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	13, 14	Schäffler, Frank (FDP)	67

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 81	Wetzel, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	43, 44	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	48, 49
Seitz, Thomas (AfD)	4, 53		
Strasser, Benjamin (FDP)	33, 34		
Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	23
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	24

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Stärkung der Inneren Sicherheit einen Kabinettausschuss einzurichten, um einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Islamismus hierzulande erarbeiten zu lassen, so wie es zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus geschehen ist (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinet-rechtsextremismus-1819828), und in welchem Umfang will die Bundesregierung Finanzmittel in den Jahren 2021 bis 2024 für die Bekämpfung des Islamismus in Deutschland bereitstellen (bitte begründen)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet die Bundesregierung die Beratungsergebnisse der letzten Innenministerkonferenz?
3. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Welche Ein- und Ausreisebestimmungen gelten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit für Au-pairs, und wie viele Au-pairs befinden sich derzeit in Deutschland (www.sueddeutsche.de/pa-noroma/corona-au-pair-einreiseverbot-seehofer-1.5115662)?
4. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD) Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nach mehr als zwei Jahren seinen Widerstand gegen die Einreise des ehemaligen Chefs der Weißhelme Chalid al-Saleh aufgegeben, und konnte der gegen ihn bestehende Islamismus-Verdacht entkräftet werden (www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-weiss-helm-chef-chalid-al-saleh-fluechtet-nach-deutschland-a-5ed0ecd6-392f-4c45-8a5c-e0ecae20a47c)?

5. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) haben die Bundesregierung bewogen, die Bedenken des Bundesamtes für Verfassungsschutz bezüglich des syrischen Weißhelm-Chefs Chalid al-Saleh, bei dem „eine Nähe zu einer islamistisch-schihadistischen Weltanschauung feststellbar“ sei, fallen zu lassen, sodass Chalid al-Saleh mit seiner Familie am 7. Dezember 2020 an Bord einer Regierungsmaschine aus Jordanien nach Deutschland geholt wurde (www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-weisshelm-chef-chalid-al-saleh-fluechtet-nach-deutschland-a-5ed0ecd6-392f-4c45-8a5c-e0ecae20a47c), und welche Sicherheitsbedenken haben nach Kenntnis der Bundesregierung andere Länder geltend gemacht, die eine Anfrage des Auswärtigen Amtes bezüglich einer Aufnahme des mutmaßlichen „islamistischen Gefährders“ negativ bescheiden lassen haben (www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-weisshelm-chef-chalid-al-saleh-fluechtet-nach-deutschland-a-5ed0ecd6-392f-4c45-8a5c-e0ecae20a47c)?
6. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Bedenken (auch geheimdienstliche) lagen bei der Bundesregierung gegen die Aufnahme des Mitglieds der Weißhelme Chalid al-Saleh vor, und wie viele Flüchtlinge wurden in den letzten fünf Jahren, so wie Chalid al-Saleh, mit der Flugbereitschaft der Bundeswehr nach Deutschland gebracht (www.welt.de/politik/deutschland/article222033934/Syrien-Fuehrendes-Mitglied-der-Weisshelme-in-Deutschland-eingetroffen.html)?
7. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung damit, dass die zugesagte Anzahl an Flüchtlingen von den griechischen Inseln hier in Deutschland ist, und plant die Bundesregierung angesichts der katastrophalen Situation in Lesbos, Samos etc. die Aufnahme weiterer Flüchtlinge (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/3-monate-nach-brand-von-lesbos-die-eu-muss-eine-loesung-finden,S1a1nEia)?
8. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie lange dauert nach Kenntnis der Bundesregierung durchschnittlich das Verfahren auf Anerkennung als Spätaussiedler (nach dem Bundesvertriebenengesetz – BVFG), und was sind die häufigsten Gründe, nie zu versagen (bitte für die Jahre 2010, 2015 und das letztverfügbar Datum angeben)?
9. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Asylbewerber sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf dem Luftweg seit März 2020 aus der Türkei und dem Iran nach Deutschland eingereist und wurden positiv auf COVID-19 getestet?

10. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Vorschlag des Deutschen Anwaltvereins (Initiativstellungnahme 91/2020 vom Dezember 2020 u. a. an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) zu folgen, für die Zeit der Corona-Pandemie eine Verordnung zu erlassen, mit der Personen, die sich bereits im Bundesgebiet aufhalten, von der Durchführung bzw. Nachholung eines Visumverfahrens befreit werden, wenn die Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels ausschließlich hiervon abhängt und die für die Erteilung des Visums zuständige Auslandsvertretung sich in einem Risikogebiet befindet (bitte begründen), und hat die Bundesregierung andere Erkenntnisse als der Deutsche Anwaltverein, der in seiner Stellungnahme ausführt, dass Ausländerbehörden und Gerichte in der Praxis von der Möglichkeit, von einem solchen nachholenden Visumverfahren wegen Unzumutbarkeit nach § 5 Absatz 2 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes abzusehen, selbst vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie häufig nur sehr zurückhaltend Gebrauch machten (bitte ausführen)?

11. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung von einer Arbeitsgruppe auf europäischer Ebene, die sich vor dem Hintergrund der durch Medienberichterstattung enthüllten illegalen Zurückweisen (vgl.: www.spiegel.de/politik/ausland/frontex-europaeische-union-will-il-le-ga-le-rueck-wei-sun-gen-an-eu-aussengrenzen-aufklaeren-a-58f79a81-c75b-45ea-b6cd-1c521307ddd) an der europäischen Außengrenze und der in diesem Zusammenhang erfolgten Anhörung von Frontex-Chef Fabrice Leggeri am 1. Dezember 2020 im Innenausschuss des Europaparlamentes, der nach Medienangaben die griechischen Pushbacks herunterspielte (vgl.: www.spiegel.de/politik/ausland/frontex-skandal-fabrice-leggeri-hat-eu-parlament-die-unwahrheit-gesagt-a-046eafef-be16-4967-a758-65eba8146716) und der Vorfälle, bei denen die griechische Küstenwache Menschen, die sich bereits im europäischen Hoheitsgebiet befanden, ohne asylrechtliche Prüfungen oder Ähnliches wieder in die Türkei zurückschickte und Fabrice Leggeri in diesem Zusammenhang vor dem Europaparlament eine Falschaussage tätigte, insoweit, als dass er behauptete, dass im April 2020 kein Frontex-Flugzeug einen Pushback überflogen habe, wobei Frontex jedoch mittlerweile eingeräumt hat, dass seine Aussage nicht der Wahrheit entspricht, gegründet haben soll und die Vorkommnisse aufklären soll sowie wöchentlich tagen soll (vgl. https://twitter.com/g_christides/status/13367)

40697605607426), und welchen konkreten Beitrag gedenkt die Bundesregierung zu leisten, wie beispielsweise das „Abziehen“ deutscher Frontex-Beamte in Betracht zu ziehen, um eine unmittelbare Aufklärung und Beendigung der Involviertheit von Frontex in illegale Pushbacks herbeizuführen (bitte Kenntnisse über die Arbeitsgruppe so genau wie möglich und nach beteiligten Vertreterinnen und Vertretern von EU-Mitgliedstaaten aufschlüsseln)?

12. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund aktueller Meldungen über fast 60 Prozent erfolgreich gerichtlich angegriffener ablehnender Asylbescheide betreffend afghanische Flüchtlinge konkrete Maßnahmen zu veranlassen, um zukünftig eine Gerichtsfestigkeit entsprechend durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erlassener Bescheide herbeizuführen, und wenn ja, welche (vgl. JUNGE FREIHEIT vom 3. Dezember 2020 – <<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/asyl-ablehnungen-falsch/>>, zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2020)?

13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom Deutschen Institut für Menschenrechte im „Bericht zur Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2010 – Juni 2020“ in Kapitel 3 geäußerten Kritik, wonach der im politischen Raum wiederholt erhobene Vorwurf, dass Menschen Krankheiten vor täuschen, um einer Abschiebung zu entgehen, mit dem mehrere Gesetzesverschärfungen begründet worden seien, jeglicher Datengrundlage entbehre und ein solches Agieren ohne Faktenbasis die Schutzbedarfe der Betroffenen und die menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands delegitimiere (ebd., Seite 110; vgl. hierzu auch bereits Bundestagsdrucksache 18/9603), und inwieweit erwägt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zur Änderung der Nachweispflichten in Bezug auf die Vorlage von Attesten nach § 60a Absatz 2c und 2d des Aufenthaltsgesetzes vorzulegen, da diese nach der Einschätzung des Menschenrechtsinstituts vor dem Hintergrund praktischer Erfahrungen „verfassungsrechtlich bedenklich“ seien (a. a. O., Seite 110, bitte begründen)?

14. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Abschiebungen gab es im bisherigen Jahr 2020 (bitte zwischen Dublin-Überstellungen und Abschiebungen differenzieren und außerdem nach den fünf wichtigsten Zielstaaten sowie zwischen Charter- und Linienflügen aufschlüsseln), und wie viele Personen sind im bisherigen Jahr 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung „freiwillig“ ausgereist (bitte nach den acht wichtigsten Zielstaaten differenzieren)?
15. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass unter den im Sommer 2017 im Zuge der Ermittlungen zum rechtsextremen Nordkreuz-Netzwerk durchsuchten Personen, von denen das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern Kenntnis hatte, auch J. S. war (vgl.: <https://taz.de/Rechte-Prepper-Gruppe-Nordkreuz/!5674282/>)?
16. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung bzw. das zuständige Ressort das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am Mittag des 9. Dezember 2020 einen neuen Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes an die Verbände mit einer Kommentierungsfrist von knapp einem Tag (bis zum 10. Dezember 2020, 14:00 Uhr) versandt hat (https://twitter.com/P_Groesche/status/1336640991130947584), und falls ja, erachtet die Bundesregierung diesen Zeitraum als angemessen für eine fundierte Auseinandersetzung und Kommentierung?
17. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf wie vielen Clients im Bundeskanzleramt, in Bundesministerien und nachgeordneten Behörden ist nach Kenntnis der Bundesregierung noch Windows 7 als Betriebssystem nach Ablauf des Supports durch Microsoft vom 14. Januar 2020 installiert, und welche Kosten sind für den verlängerten Support inklusive der Bereitstellung von Sicherheitsupdates bis zum Januar 2023 bislang entstanden bzw. werden noch voraussichtlich entstehen (vgl. hierzu auch die Antworten der Bundesregierung vom 15. Januar 2020 auf meine Schriftlichen Fragen 24 und 25 auf Bundestagsdrucksache 19/16574)?

18. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird die neu verabschiedete Arbeitsdefinition des Begriffs „Antiziganismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance für die Erkennung und Dokumentation antiziganistischer Vorfälle in der vom Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus geplanten Melde- und Informationsstelle für antiziganistische Vorfälle genutzt, und wie wird die Arbeitsdefinition zukünftig für gesetzgeberische Maßnahmen gegen Antiziganismus herangezogen?
19. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie kommt das Bundesinnenministerium zu der Einschätzung, dass § 82 Absatz 4 Satz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes als Rechtsgrundlage für Zwangstestungen auf COVID-19 im Zusammenhang mit Abschiebungen genügt, wie es aus dem Schreiben des Bundesinnenministeriums durch den Staatssekretär Dr. Helmut Teichmann an die Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin zu der „Rechtsgrundlage auf Tests auf COVID-19 im Zusammenhang mit Abschiebungen“ vom 21. August 2020 hervorgeht, obwohl die Norm meiner Auffassung nach lediglich für die Feststellung der Reisefähigkeit, also, ob jemand so erkrankt ist, dass eine Beförderung nach objektivem Maßstab der allgemeinen Lebenserfahrung nicht zumutbar ist, dient, und wie rechtfertigt die Bundesregierung den Eingriff mithilfe von Zwang in die körperliche Unversehrtheit, obwohl die Testung auf eine COVID-19-Erkrankung in diesem Zusammenhang nicht mit der Beurteilung der Reisefähigkeit in Verbindung steht, sondern zur Erfüllung von Einreisebestimmungen der Herkunftsstaaten und Beförderungsbedingungen der Fluggesellschaften dient?
20. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Einschränkungen des Grenzverkehrs plant die Bundesregierung im Fall eines derzeit von den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten diskutierten „harten Lockdowns“ (www.adac.de/news/corona-deutschland-grenzen/), und welche Lehren bezüglich Grenzpendlern und Grenzübertreten aus medizinischen Gründen hat die Bundesregierung aus den Grenzschießungen im Frühjahr dieses Jahres gezogen?
21. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundespolizei die Polizei der Länder bei einem „harten Lockdown“ bzw. der Durchsetzung einer nächtlichen Ausgangssperre?

22. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu einem Neubau eines Regierungsterminals am Flughafen Berlin Brandenburg (BER), und welche Kosten würden nach derzeitigem Stand dafür anfallen?
23. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bereitet sich die Bundesregierung auf mögliche Einflussnahme von außen im anstehenden Bundestagswahlkampf vor, und steht sie dazu im Austausch mit der amerikanischen Behörde für Wahlsicherheit, die nach eigenen Angaben gerade die sicherste Wahl in der US-Geschichte durchgeführt hat (www.bloomberg.com/news/articles/2020-11-13/election-was-most-secure-in-american-history-u-s-officials-say)?
24. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesminister beziehungsweise -ministerinnen ließen ihre Leistungen, Reden oder Ziele während der 19. Wahlperiode nun zu deren Ende bilanzieren beziehungsweise planen derlei – insbesondere in Büchern oder ähnlichen Publikationen (bitte gegebenenfalls auflisten nach Ressorts, Publikationstitel, Publikationsart sowie -zeitpunkt und Kosten), und inwieweit haben die betreffenden Ministerien dabei je berücksichtigt, dass ihnen nach meiner Ansicht wegen des Gebots wettbewerbsneutraler sachlicher Regierungsinformationen insbesondere im letzten Halbjahr vor einer Bundestagswahl (vermutlich nun am 26. September 2021) der Vertrieb jeglicher Arbeits-, Leistungs- oder Erfolgsberichte untersagt ist (siehe dazu www.bundestag.de/resource/blob/407370/e01799153bff14141a9891c450b04575/WD-3-453-07-pdf-data.pdf), also auch der Sinn solcher vorherigen Produktionen zweifelhaft sein dürfte?
25. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dieser Legislaturperiode aus ihrem Beschäftigungsverhältnis bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei einer/einem Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aus den Parteizentralen der Parteien CDU und CSU, aus den Unions-Landesparteizentralen, aus den CDU- und CSU-Landes- und -Bundesstiftungen, aus der Mittelstands- und Wirtschaftsunion oder aus unionsgeführten Staatskanzleien unmittelbar in ein Beschäftigungsverhältnis innerhalb der Abteilung H des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat oder einer ihm nachgeordneten Behörde gewechselt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

26. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung zur Rückholung von in der Türkei festgesetzten Deutschen, und erwägt die Bundesregierung in diesem Kontext, Sanktionen gegen die Türkei zu verhängen (www.hasepost.de/auswaertiges-amt-65-deutsche-derzeit-in-tuerkischer-haft-225093/)?
27. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Handlungen wurden bisher durch die Bundesregierung veranlasst oder werden noch veranlasst, um mit Blick auf die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgenommene Prüfung des Willy-Brandt-Centers (WBC) in Jerusalem, gerichtet auf die in Rede stehenden Antisemitismus-Vorwürfe betreffend dortige Mitarbeiter (vgl. JUNGE FREIHEIT vom 30. November 2020 – <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/jusos-ernten-antisemitismusvorwuerfe/>) und 2. Dezember 2020 – <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2020/jusos-entwicklungsministerium-prueft-konsequenzen/>), Schaden an den diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel abzuwenden?
28. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung in Bezug auf die Auswirkungen der von der ecuadorianischen Regierung inmitten der Corona-Pandemie angekündigten Ausweitung von Bergbau und Erdölförderung (<https://conaie.org/2020/04/23/gobierno-de-ecuador-reforzara-politicas-extractivistas-en-medio-de-covid-19/>) auf die Menschenrechte indigener Völker und die Beteiligung etwaiger deutscher Unternehmen an dem Vorhaben?
29. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorbereitungen hat die Bundesregierung – auch im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft – für den Abschluss eines Sicherheitsabkommens mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland getroffen, welches die Anerkennung der Geltung der EU-Grundrechtecharta zur Bedingung macht und sicherstellt, dass das Datenschutzniveau bei Datenverarbeitung in Großbritannien insbesondere auch im Bereich der Nachrichtendienste dem der Datenschutz-Grundverordnung und Artikel 36 der Richtlinie (EU) 2016/80 entspricht?

30. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Personen schlägt die Bundesregierung zur Listung unter dem neuen Menschenrechtssanktionsregime der EU vor, und ist der KP-Funktionär Chen Quanguo, der als Architekt des Repressionsapparats in Xinjiang gilt und verantwortlich gemacht wird für schwerste Menschenrechtsverletzungen gegen Uigurinnen und Uiguren und andere muslimische Minderheiten (vgl. Cicero/Maass vom 17. September 2020, „Pekings Vollstrecker“), darunter?
31. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse für das eigene Handeln zieht die Bundesregierung aus der Kritik zum Khartoum-Abkommen in der Zentralafrikanischen Republik, das Abkommen fördere, anstelle eines nachhaltigen Friedens, die Kriegswirtschaft und würde die finanzielle und politische Macht bewaffneter Gruppen verstärken sowie die Krise verschlimmern (<https://cdn.thesentry.org/wp-content/uploads/2020/10/StateofPrey-TheSentry-Oct2020.pdf>)?
32. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über potentielle Öl- und Gasvorkommen im Naturschutzgebiet KAZA (Kavango-Zambezi Transfrontier Area) zwischen Namibia und Botswana, die durch Testbohrungen des Unternehmens ReconAfrica erschlossen werden sollen, und hat sie Kenntnis, inwiefern ReconAfrica entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungen, auch unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der lokalen Bevölkerung, durchgeführt hat (<https://taz.de/Weltnaturerbe-in-Gefahr/!5730757&s=%C3%96lbohrungen+bedrohen+Tierparadies/>)?
33. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Welche dienstlichen und außerdienstlichen Kontakte hatte der Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes zur Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“, und wie begründet es die Bundesregierung, dass dieser in den Dank sagungen des Plädoyers der Initiative gegen den sogenannten Boycott – „Divestment and Sanctions“ – (BDS)-Beschluss des Deutschen Bundestages geführt wird?
34. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass weitere Beamtinnen und Beamte von Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden an der Initiative „GG 53 Weltoffenheit“ mitwirken, und wenn nein, aus welchen Bundesministerien/Behörden erfolgte eine Mitwirkung?

35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Ermordung des iranischen Kernphysikers Mohsen Fachrisadeh am 27. November 2020 in der Nähe von Teheran, die mutmaßlich mittels eines satellitengesteuerten Maschinengewehrs erfolgt sein soll (AFP vom 7. Dezember 2020), als terroristischer Akt einzustufen, und wie konkret unterstützt die Bundesregierung im Rahmen ihrer derzeitigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat eine internationale Verurteilung des Verbrechens, um dem Eindruck von Doppelstandards bei der Bewertung von Akten des Terrors entgegenzuwirken und eine mögliche weitere Eskalation der Lage in der Region des Nahen und Mittleren Ostens abzuwenden (siehe dpa vom 28. November 2020)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

36. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Herrscht innerhalb der Bundesregierung Einigkeit über eine Abschaffung des sogenannten Nebenkostenprivilegs im Zuge der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, und welchen Standpunkt nimmt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat diesbezüglich ein (www.heise.de/news/TKG-Novelle-Bundesregierung-draengt-mit-unfertigem-Entwurf-zur-Eile-4950855.html)?
37. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen erteilte die Bundesregierung die Exportgenehmigung für Raketenwerfer vom Typ RGW 60 Heat der Firma Dynamit Nobel nach Mexiko, obwohl das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Gegensatz zu vorherigen Rüstungsexporten nach Mexiko nur eine nationale Endverbleibserklärung erhalten hat, die die Weitergabe in mexikanische Bundesstaaten mit schlechter Menschenrechtsslage nicht explizit ausschließt (<https://taz.de/Waffenexporte-nach-Mexiko/15736474/>), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Verbleib der 2.647 Raketenwerfer des Typs RGW 60 Heat, die das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nicht registriert hat, obwohl sie im UN-Waffenregister 2018 aufgeführt werden?

38. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung ausschlaggebend, den bis Ende 2021 verlängerten Rüstungsexportstopp gegen Saudi-Arabien zu verschärfen, indem nun auch bereits erteilte Genehmigungen für Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien – mit Ausnahme von Zulieferungen für europäische Kooperationsprojekte – widerrufen werden, und wie hoch sind der Gesamtwert und die Anzahl der von diesem Widerruf betroffenen Geschäfte (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ruestungsexporte-ruestungsexportstopp-fuer-saudi-arabien-um-ein-jahr-verlaengert/26704374.html?ticket=ST-10501806-gdkP4hIG-hegZU1NKgILj-ap5)?
39. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Welche zusätzlichen Kosten ergeben sich für den Steuerzahler, wenn künftig der Vergütungszeitraum für Erneuerbare-Energien-Anlagen um die Zeiten negativer Preise an der Strombörse verlängert werden soll (vgl. Bundestagsdrucksache 19/24234)?
40. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und auf welchem Wege wird die Bundesregierung die aus einem erhöhten EU-Klimaziel abzuleitenden erhöhten Ausbaumengen für erneuerbare Energien umsetzen (www.deutschlandfunk.de/eu-gipfel-klimapolitik-wird-anspruchsvoller-werden.697.de.html?dram:article_id=489044)?
41. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kavernenkapazitäten (bitte nach Standorten und Kapazitäten auflisten) sind in Deutschland für die Speicherung von Wasserstoff geeignet, und welche Rolle spielen diese für die Wasserstoff- und Stromnetzplanung der Bundesregierung?
42. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird aus Sicht der Bundesregierung für die Wasserstoffproduktion nach § 64a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2021), welche vor Inkrafttreten der Verordnung nach § 93 EEG 2021 in Betrieb genommen wurde, Bestandschutz hinsichtlich der anteiligen EEG-Umlagebefreiung auch bei der Verwendung von Graustrom gelten, und wenn nein, wann klärt sich diese Frage?

43. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat sich die Bundesregierung bei der Sitzung der EU-Energieminister Mitte Dezember 2020 dafür eingesetzt bzw. wird sie sich dafür einsetzen, dass die Förderung von Wasserstoff aus Atomstrom ausgeschlossen wird (siehe Antwort auf die Schriftliche Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 19/21248 sowie www.pv-magazine.de/2020/12/01/die-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-will-den-weg-fuer-wasserstoff-aus-atomstrom-frei-machen/)?
44. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat es in den letzten Monaten Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und der Organisation „Breakthrough Energy“ gegeben, bei der es um die Möglichkeiten der Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft ging (www.pv-magazine.de/2020/12/01/die-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-will-den-weg-fuer-wasserstoff-aus-atomstrom-frei-machen/)?
45. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen für den deutschen Strommarkt sieht die Bundesregierung, wenn möglicherweise in Frankreich der Atomstrom zum Festpreis von 48 Euro/MW verkauft wird, und welche Auswirkungen haben die aktuellen Beschlüsse des Europäischen Rates (Stichwort: Technologieoffenheit) hinsichtlich der Förderfähigkeit der Atomkraft im Rahmen des Klimaschutzzieles (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-gipfel-und-frankreich-emmanuel-macron-setzt-sich-fuer-mehr-kernenergie-ein-a-e5bde779-d8b6-4fb5-b2da-ff61f138b3f7)?
46. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wird der Einzelhandel bei Schließungen im Dezember 2020 andere Hilfszahlungen als die Gastronomie erhalten (www.spiegel.de/wirtschaft/corona-shutdown-bundesregierung-plant-hilfen-fuer-einzelhandel-a-d14a1dcc-0e86-4a54-9736-37ae7b82c647), und werden auch bei der Überbrückungshilfe III Abschlagszahlungen möglich sein, um den Liquiditätsproblemen der Unternehmen bei Schließungen entgegenzuwirken?
47. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung garantieren, dass die Novemberhilfe im Januar 2021 vollständig ausbezahlt wird, und wann kann mit einer Auszahlung der Dezemberhilfe gerechnet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

48. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie viele Alleinlebende (Einpersonenhaushalt) waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2005, 2006, 2010, 2018, 2019, 2020 in Deutschland armutsgefährdet, und wie hoch war deren prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Alleinlebenden (Einpersonenhaushalt) jeweils in den genannten Jahren (bitte separat den Anteil armutsgefährdeter Alleinlebender über 65 Jahre alt an der Gesamtzahl Alleinlebender über 65 Jahre alt ausweisen)?
49. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch war der Anteil der Alleinlebenden (Einpersonenhaushalt) nach Kenntnis der Bundesregierung an der Gesamtbevölkerung (der Haushalte insgesamt) jeweils in den Jahren 2005, 2006, 2010, 2018, 2019, 2020 in Deutschland und in der Europäischen Union insgesamt (bitte separat den Anteil Alleinlebender über 65 Jahre alt an der Gesamtzahl der Bevölkerung über 65 Jahre alt ausweisen)?
50. Abgeordneter
**Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Welche konkreten Argumente sprechen nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie gegen eine zivilrechtliche Haftungsregelung im Rahmen eines Lieferkettengesetzes (www.fr.de/wirtschaft/firmen-sollen-haften-90118909.html), und welche Belastungen für deutsche Unternehmen ergeben sich nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier durch ein Lieferkettengesetz (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/saubere-produktion-heil-erhoeht-druck-fuer-lieferkettengesetz/26678108.html)?
51. Abgeordneter
**Dr. Marcus Faber
(FDP)**
- Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand zur Ausgestaltung des sogenannten Härtefallfonds, der zur Anerkennung der Lebensleistung von Rentnerinnen und Rentnern aus DDR-Zeiten eingerichtet werden soll (bitte unter Berücksichtigung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und des Runden Tisches darlegen), und welche Schritte müssen seitens der Bundesregierung noch erfolgen, damit schnellstmöglich eine Regelung in Kraft treten kann (www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/ddr-haertefallfonds-rentenpolitik-rentner-ostrente-100.html)?

52. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wie viele Unternehmen, die zwischen den Stichtagen 31. März und 30. Juni 2020 aufgrund der coronabedingten Schließungen Kurzarbeit angezeigt und im Anschluss Kurzarbeitergeld bis zum 31. Dezember 2020 bewilligt bekommen haben, mussten aufgrund einer mindestens dreimonatigen Unterbrechung der Kurzarbeit bis zu den Stichtagen 31. Oktober und 30. November 2020 erneut Kurzarbeit anzeigen und haben diese bewilligt bekommen, und teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass in der aktuellen Pandemielage eine erneute Anzeige von Kurzarbeit, obwohl im Frühjahr bereits bis zum 31. Dezember 2020 Kurzarbeit bzw. Kurzarbeitergeld bewilligt worden ist, unnötig Verwaltungskapazitäten bindet und unnötige Bürokratie aufbaut?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

53. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Welche Kosten sind durch die Abholung Chalid al-Salehs durch die Flugbereitschaft der Bundeswehr mit einem Airbus A340 entstanden, und warum konnte Chalid al-Saleh nicht mit einem regulären Flug nach Deutschland einreisen?
54. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Welche Gesamtkosten veranschlagt die Bundeswehr für die Beschaffung der insgesamt 65 Drohnen des Typs LUNA NG im Projekt HUSAR (Hocheffizientes Unbemanntes System zur Aufklärung mittlerer Reichweite), das nach einer mindestens zweijährigen Verspätung nunmehr Anfang des Jahres 2021 mit einer Anfangsbefähigung in Nutzung genommen werden soll (Plenarprotokoll 19/191, meine Mündliche Frage 28, vgl. auch Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/9644, Antwort zu Frage 20), und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung untersucht, welche Auswirkungen die Insolvenz der Firma EMT Ingenieurgesellschaft Dipl.-Ing. Hartmut Euer mbH auf die Serienproduktion und anschließende Auslieferung für die Bundeswehr haben wird (www.emt-penzberg.de/pressemitteilung)?

55. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Was weiß die Bundesregierung über das Gewicht der Drohnen LUNA und ihrem Nachfolgemodell LUNA NG, sodass nachvollziehbar wird, wie viel Technik die Drohnen transportieren können (bitte dazu unbedingt das Leergewicht und die maximale Nutzlast der beiden Modelle angeben), und mit welcher Aufklärungs- und Überwachungssensorik soll die LUNA NG für die Bundeswehr ausgerüstet werden (bitte Hersteller und Typ darstellen)?
56. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten entstanden im Projekt „Vordringliches Marine-Unmanned Aircraft System“ (VormUAS) für die Beschaffung von zwei Helikopter-Drohnen des Typs „Skeldar V-200“ („Sea Falcon im Test“, www.flugrevue.de vom 12. November 2020; bitte für das Luftfahrzeug und die Überwachungssensorik getrennt ausweisen), und inwiefern bedeutet der Kauf oder das Leasing der beiden Geräte bereits eine Festlegung auf die im Projekt „Aufklärung und Identifizierung im maritimen Einsatzgebiet (AlmEG)“ zu beschaffenden Systeme, für die zusätzlich insgesamt sechs Drohnen anvisiert sind (vgl. Bundestagsdrucksache 19/3962, Antwort auf meine Schriftliche Frage 37 sowie Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7923, Antwort Frage 7)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

57. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung mit den vorliegenden Anträgen der Verbände für die Notfallzulassung für Bayer Poncho Beta sowie Syngenta Cruiser 600 FS verfahren (Bezug zur Ausschussdrucksache 19(10)372, Bericht zur 61. Sitzung, TOP 15)?
58. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wann könnten die Länder nach Kenntnis der Bundesregierung mit einem positiven Bescheid zu Notfallzulassungen von neonikotinoiden Beizen rechnen, wenn neue Anträge notwendig werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

59. Abgeordneter
Wolfgang Wetzel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die für das Gesundheitswesen bestimmten partikelfiltrierenden Halbmasken, die das Bundesministerium für Gesundheit derzeit an Pflegeeinrichtungen als Teil des „Masken-Hilfspakets“ verteilt, den Eigenschutz des Gesundheitspersonals gewährleisten können, und in wie vielen Fällen erfolgten nach Kenntnislage der Bundesregierung seit beginnender Auslieferung der Masken-Hilfspakete am 10. November 2020 Rückmeldungen der Empfänger über mangelnde Qualitätsstandards der Schutzmasken und ihre Eignung zum Gesundheitsschutz?
60. Abgeordneter
Wolfgang Wetzel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung bezüglich der Ursachen für die gegenwärtig im Freistaat Sachsen bundesweit höchsten Corona-Inzidenzwerte, und inwieweit sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Corona-Lage und der hohen Zustimmungswerte für coronaskeptische Haltungen im Freistaat Sachsen?
61. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Mittel der von der Bundesregierung vereinbarten Unterstützung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Höhe von 50 Millionen Euro waren zum Stichtag 4. Dezember 2020 bereits beantragt bzw. ausgezahlt worden, und an wie viele der vorgesehenen 375 Gesundheitsämter waren zu selbigem Stichtag bereits Mittel abgeflossen (www.bundesgesundheitsministerium.de/covid-19-bevoelkerungsschutz-2.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

62. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hoch war der Schuldenstand der Deutschen Bahn AG jeweils zum 1. des Monats im Zeitraum vom 1. Dezember 2018 bis zum 1. Dezember 2020 (bitte jeden Monat einzeln angeben), und wie viele Gesprächstermine (persönlich und digital) zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission fanden im Rahmen des laufenden Notifizierungsverfahrens zur Freigabe der angekündigten Eigenkapitalerhöhung zum Ausgleich für angefallene Corona-Schäden für die Deutsche Bahn AG in diesem Jahr bereits statt (www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/gewerkschaft-lehnt-vorschlag-ab-schlichtung-zwischen-gdl-und-bahn-gescheitert/26613856.html)?
63. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Verkehrsstationen bzw. Bahnhöfe, die die Deutsche Bahn AG in Niedersachsen betreibt, in den Jahren 2009 bis 2020 (Stand: Dezember 2020) entwickelt (bitte jahresscheibengenau darstellen), und in welchem Zustand befinden sich die aktuell betriebenen Verkehrsstationen bzw. Bahnhöfe der Deutschen Bahn AG (bitte Ist-Zustand bzw. Renovierungszustand/Sanierungsbedarf nach Bahnhofskategorie differenziert darstellen)?
64. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten entstehen dem Bund in den Jahren 2021 bis 2023 insgesamt und jährlich für den Betrieb der Autobahn GmbH und des Fernstraßenbundesamtes (inklusive aller Kosten, die der Bund den Ländern vergütet, z. B. über Kooperationsvereinbarungen)?
65. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Hat die Bundesregierung etwaige Verstöße gegen das EU-Beihilferecht nach Artikel 197 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bei der Vergabe der Pkw-Maut, insbesondere im Hinblick auf die vereinbarte Vergütung und die Einräumung der Kündigungsfolgen, geprüft, und welche Schlüsse zieht sie daraus?
66. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie hoch waren die in den vergangenen sieben Jahren von Seiten des Bundes ausgezahlten Mittel für die Förderung der batteriegetriebenen Elektromobilität, und wie hoch war im gleichen Zeitraum die Menge an ausgezahlten Mitteln für andere alternative Antriebe wie Wasserstoff, Bio- oder synthetische Kraftstoffe (bitte aufgeschlüsselt)?

67. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Welchen Inhalt und welches Ergebnis hat die in der Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/25159 erwähnte Nutzen-Kosten-Rechnung für den Bau einer neuen ICE-Trasse zwischen Bielefeld und Hannover?
68. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es bei der Stuttgart-21-Projektgesellschaft interne Berechnungen eines Worst-Case-Szenarios gibt, das von deutlichen Kostensteigerungen für das Bahnprojekt ausgeht (siehe Kontext: Wochenzeitung vom 9. Dezember 2020; dementsprechend ist von rund 1,4 Milliarden Euro die Rede), und wie sieht die politische Bewertung (die nicht zwingend einer formalen Nutzen-Kosten-Betrachtung entsprechend muss) der Bundesregierung für die Idee eines „Gäubahntunnels“ an den Flughafen Stuttgart aus?
69. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung der Deutschen Bahn AG den Planungsauftrag für den im Bundesschienenwegeausbaugesetz vorgesehenen Ausbau der Murrbahn erteilen, und ist der Ausbau für Neigetechnikzüge weiterhin vorgesehen, auch wenn im dritten Gutachterentwurf zum Deutschlandtakt keine entsprechenden Züge für diese Strecke vorgesehen sind?
70. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bei Kontrollen durch das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) und durch die Bundespolizei in den Jahren 2019 und 2020 durch ausländische Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer ein Formblatt vorgelegt, mit dem die Fahrerinnen und Fahrer bescheinigten, dass sie freiwillig auf ein Rückkehrrecht in die Heimat nach drei Wochen auf Tour verzichten würden, und wie oft haben das BAG und die Bundespolizei im Jahr 2020 pro Monat Logistikzentren kontrolliert, um sicherzustellen, dass dort keine Lkw stehen, die gegen die Rückkehrpflicht und wöchentliche Ruhezeit verstoßen (bitte aufgelistet nach Fällen und Kontrollen pro Monat) (Tagesspiegel Background, „Amazon-Fahrer 25 Wochen am Stück auf Tour“ vom 17. November 2020)?
71. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Soll es für Unternehmen im Rahmen der geplanten Abwrackprämie für Lkw und den dafür vorausgesetzten Einbau von Abbiegeassistenten möglich sein, bestehende Förderprogramme des Bundes für Abbiegeassistenten in Anspruch zu nehmen oder sollen diese Förderprogramme nicht mit der geplanten Abwrackprämie und dem vorausgesetzten Einbau eines Abbiegeassistenten verbunden werden können?

72. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erhalten Kundinnen und Kunden, die ein Ticket der Deutschen Bahn AG für Fahrten um Weihnachten bzw. Silvester 2020 bereits gebucht haben, die Kosten dafür auch außerhalb der üblichen Stornobedingungen der DB AG in voller Höhe rückerstattet, wenn sie die Fahrt aufgrund der aktuellen Corona-Lage nicht wahrnehmen können bzw. wollen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

73. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Anteilen (prozentual sowie absolut) plant die Bundesregierung, die Einnahmen durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz für welche Art der Rückerstattung (wie bspw. EEG-Umlagensenkung, Erhöhung der Pendlerpauschale, Kompensationen für wettbewerbsgefährdete Unternehmen) für die kommenden vier Jahre zu verwenden (bitte tabellarisch auflisten)?
74. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchem Beitragsaufkommen durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) geht die Bundesregierung ab dem Jahr 2021 aus, aufgeschlüsselt nach Beitragszahlungen der jeweiligen Sektoren (wie Nicht-EU-ETS Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung, private Haushalte) für die kommenden vier Jahre (bitte tabellarisch auflisten)?
75. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD umsetzen, im Atombereich ein In-camera-Verfahren im Hauptsacheverfahren einzuführen, und warum hat die Bundesregierung diese Maßnahme nicht im Rahmen des 17. Atomgesetz-Änderungsgesetzes, für das ein Referentenentwurf bereits in die Länder- und Verbändeanhörung ging, umgesetzt?

76. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Könnte nach Kenntnis der Bundesregierung der Referentenentwurf für ein 17. Atomgesetz-Änderungsgesetz dazu führen, den Individualrechtsschutz im Atomgesetz zu begrenzen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik von Umweltverbänden, dass Rechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Umweltschutzorganisationen ausgehebelt werden (vgl. www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_atomgesetz_stellungnahme_2020.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

77. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen Zahlen bzw. Quellen beruht die Aussage von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, dass sich Berichte mehrten, wonach aus Gründen unterschiedlicher Weltanschauungen oder religiöser Einstellungen versucht werde zu verhindern, dass Lehrkräfte bestimmte Themen im Unterricht behandeln (siehe KNA-Meldung vom 3. Dezember 2020: „Bundesregierung will Lehrer besser gegen Extremismus schützen“), und wie verteilen sich in den letzten beiden Jahren diese Versuche zahlenmäßig auf die Kategorien „links“, „rechts“, „ausländische Ideologie“, „religiöse Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“?
78. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, die vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages angenommene Petition 78411, die die gezielte Förderung klinischer Studien zum Einsatz von D,L-Methadon (Methadonhydrochlorid) bei der Behandlung von Krebspatienten unterschiedlichster Tumorerkrankungen fordert, umzusetzen, und wenn ja, wie, vor dem Hintergrund, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung bisher ausschließlich darauf verweist, dass die öffentliche Hand generell umfassende Fördermittel bereitstellen würde?

79. Abgeordnete
Hilde Mattheis
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die wissenschaftliche Arbeit Raible, A. et al.: „Methadone potentiates the cytostatic effect in Rhabdomyosarcoma and malignant Rhabdoid Tumors“ der Universität Tübingen von 2018 bekannt, die sich als eine von mehreren Universitäten in Deutschland mit der Erforschung von Methadon in der Krebstherapie beschäftigt, und wenn nein, warum setzt sich die Bundesregierung nicht mit derartigen Forschungsarbeiten auseinander, um die Petition 78411 sachgerecht behandeln zu können?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

80. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Monika Grütters jemals Kulturinstitutionen oder deren Träger kontaktiert, um Auftritte eingeladener Gäste wegen einer vermeintlichen Nähe zur Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ zu problematisieren bzw. zu verhindern, und wenn ja, in welchen Fällen (hinsichtlich der einzelnen Fälle bitte mitteilen, auf welche Institutionen und welche Künstlerinnen und Künstler sich die Kontaktaufnahme jeweils bezog)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

81. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Möglichkeit, Kaffeespender an gemeinnützige Organisationen von der Kaffeesteuer zu befreien (bitte begründen), und liegt der Bundesregierung eine eigene Einschätzung vor, wie hoch die jährlichen Steuermindereinnahmen wären (www.kaffeeverband.de/de/presse/tag-des-kaffees-2020-kaffeespender)?

82. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, ähnlich wie in Argentinien, eine einmalige Sonderabgabe für die „reichsten Menschen des Landes“ zur Finanzierung der Corona-Hilfen unter anderem für „kleine Unternehmer und sozial Schwache“ (siehe www.n-eues-deutschland.de/artikel/1145431.millionaersst-euer-argentinien-fuehrt-reichensteuer-zur-finanzierung-von-corona-hilfen-ein.html, dort wird von rund 12.000 Millionären eine einmalige Steuer von bis zu 3,5 Prozent auf ihr Vermögen verlangt, 20 Prozent der Einnahmen sollen für die medizinische Versorgung im Land bereitgestellt werden) oder welche Pläne werden aktuell von der Bundesregierung zur Gegenfinanzierung der Kosten der Corona-Pandemie (wie zum Beispiel die Verlängerung der Soli-Abgabe – siehe dazu www.steuerrecht.org/corona-steuerpl%C3%A4ne-von-der-verm%C3%B6gensabgabe-zum-soli) durchgespielt?

